
Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

auf Annahme einer EntschlieÙung

Wir verteidigen Freiheit und Pluralismus gegen islamistischen Terror

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Serie von Terroranschlägen in Europa erfüllt uns mit Trauer und Entsetzen. Berlin ist solidarisch mit den Menschen in Paris, Nizza, Dresden und Wien. Erneut beklagen wir menschenverachtende Angriffe auf das Leben, die Würde und die Werte europäischer Bürgerinnen und Bürger. Sie sind das Werk von Schwerverbrechern, angestiftet von religiösen Fanatikern, gleichgültig, ob sie dem IS angehören oder dieser die Tat nur für sich reklamiert.

Wir werden alles dafür tun, Freiheit und Pluralismus gegen diese Angriffe zu verteidigen. Dazu gehört ein entschlossenes Handeln der staatlichen Institutionen genauso wie der Ausbau von Prävention und Deradikalisierung und der interreligiöse Dialog.

Wir wenden uns gleichermaßen gegen Versuche, die schrecklichen Taten für das Verbreiten von Hass und Ausgrenzung gegen Menschen muslimischen Glaubens zu instrumentalisieren.

Ebenso wie in Frankreich und Österreich hat auch bei uns die Terrorabwehr hohe Priorität. Die in den vergangenen Jahren verbesserte Sicherheitsarchitektur in Deutschland und in Europa muss weiter auf ihre Effizienz überprüft werden, damit das Aufspüren von Gefährdern sowie die Aufklärung von Netzwerken und islamistischen Strukturen optimiert wird.

Berlin hat seine Ressourcen zur Bekämpfung von Terrorismus organisatorisch wie personell erheblich gestärkt. Gleichzeitig haben wir in Berlin gezielt Programme der Prävention und der Deradikalisierung ausgebaut, um möglichst alle Instrumente in der Praxis anzuwenden – von

der Präventionsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen bis hin zur Deradikalisierung in Justizvollzugsanstalten. Wir werden diesen Weg fortsetzen, um für unsere Stadt die bestmögliche Prävention gegen terroristische Anschläge zu gewährleisten.

Für die Bekämpfung von Islamismus braucht es neben konsequentem staatlichem Handeln eine klare gesellschaftliche Haltung. Für uns gilt: Wir lassen uns durch islamistische Scharfmacher nicht auseinanderdividieren. Muslimische Bürger*innen sind Teil unserer Stadtgesellschaft. Wir brauchen aber auch eine Erneuerung und einen Ausbau des Dialogs mit dem Islam. Gemeinsam mit muslimischen und anderen Glaubensverbänden müssen wir Hass und Gewalt in der Gesellschaft bekämpfen.

Berlin, den 4. November 2020

Saleh
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Helm Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen